

Ich möchte nicht anders behandelt werden

Von den aktuellen Debatten im politischen Berlin und dem Auf und Ab der Heerscharen von Virologen und denen, die sich dafür halten, habe ich die „Nase gestrichen voll!“ Ich bin zweimal geimpft und habe nicht das geringste Interesse, besonders behandelt zu werden, solange die Impfungen bei uns hinterherhinken und die meisten Menschen bisher keine Chance auf Impfung hatten! Meine Forderungen: Endlich genug Impfstoff beschaffen, so dass in einem der entwickeltesten Länder (Deutschland) die Impfquote endlich rasant steigt; endlich den unsäglichen Rückstand Hessens beenden; alle Haus- und Betriebsärzte und wer sonst noch impfen kann endlich ranlassen; Lizenzen freigeben, damit alle Länder impfen können; Gesundheitsminister Spahn entlassen wegen Inkompetenz; Frau von der Leyen als das bezeichnen, was sie ist: völlig überfordert; endlich erkennen, dass das Kaputtsparen und Privatisieren unseres Gesundheitssystems ein gigantischer politischer Fehler ist! Und einiges mehr!

Wenn endlich so gehandelt wird, ist diese unsägliche Debatte über die Gleichstellung von Genesenen, Geimpften und Getesteten überflüssig. Und noch etwas: Man muss schon die Frage stellen, was dieser Dilettantismus der Regierenden bereits für ein menschliches Leid verursacht hat und letztlich für einen ökonomischen Schaden mit sich brachte? Wird da jemals jemand zur Rechenschaft gezogen. Das ist wohl utopisch! Dieter Hooge, Frankfurt

Die Corona-Pandemie ist wie ein Menetekel

Die Nachverfolgung der Infektionsketten im Kampf gegen das Corona-Virus scheitert, weil es zu wenig Ärzte u.a. in den Gesundheitsämtern gibt. Hinzu kommt, dass es seit langem zu wenig qualifizierte Pflegekräfte, zu wenig Polizisten, Lehrer, Richter, überhaupt zu wenig Personal in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes gibt. Aber ist das bloß das Ergebnis falscher Prioritätensetzung? Die „Sparorgien in öffentlichen Institutionen“ sind die logische, also richtige Folge des politisch-ideologischen Grundkonsenses unserer Gesellschaft. Der lautet: Alles wird gut, wenn nur die Wirtschaft wächst! Sie wächst, wenn die Kosten reduziert und damit die Profite erhöht werden, denn dann haben die Anleger Lust, tüchtig anzulegen, und die Börsenkurse steigen. Dann stimmt die Richtung: Wachstum!

Das gilt zunächst natürlich für die Privatwirtschaft. Aber spätestens seit Schröder haben sich alle Parteien mehr oder weniger dieser neoliberalen Heilslehre angeschlossen, und aus dieser Perspektive wurde der Staat, weil er keinen Profit erwirtschaftet, im Grunde zu einem Wachstumshemmnis. Naja, ganz ohne Lehrer, Polizisten, Richter etc. geht's noch nicht, mit ein paar weniger jedes Jahr schon. Und das ist schon mal „wirtschaftlicher“. Aber kostspielige technische und personelle Ressourcen für einen Notfall zu unterhalten, der vielleicht irgendwann, vielleicht aber auch nie kommt, das ist allemal unwirtschaftlich – und trübt die



Bald ist Sommer. Aber was wird aus unserem Urlaub? Bei Kiel bereitet man sich schon mal vor.

DPA

Erst lockern, wenn alle geimpft sind!

Leserbriefe zu Coronapolitik und Impfstrategie

Laune der Anleger! Folgerichtig wurden die Warnungen der Virologen vor einer Pandemie ignoriert und nicht mal Masken eingekauft. Wenn die Warnungen der Klimaforschung vor den katastrophalen Folgen der Erderwärmung ernst genommen würden, wären wir längst aus der Braunkohle ausgestiegen.

Insofern zeigt die Corona-Pandemie wie ein Menetekel, dass unendliches Wirtschaftswachstum als gesellschaftliches Ziel und Daseinsvorsorge nicht zusammenpassen. Das Dasein ist nicht wirtschaftlich – und unendlich schon gar nicht. Das gelte es zu erkennen, um „den Blindflug“ (K. Schulz-Asche) tatsächlich zu beenden. Anzeichen dafür sehe ich nicht. Ich befürchte eher, dass es dazu noch die eine oder andere Katastrophe braucht.

Hartwig Cordts, Reinbek

Jetzt sind dauerhafte Lösungen gefragt

Manchmal frage ich mich, nach welchen Kriterien der Staat reguliert. Ist die Fußball-Bundesliga wirklich systemrelevanter als die Bildung unserer Kinder? Warum können die Spiele stattfinden, nicht aber der Schulunterricht? Ist es etwa gefährlicher, ein Buch zu kaufen, als Schokolade? Sind Kleidung und Schuhe weniger wichtig als Brot und Gemüse? Kinder wachsen schnell, und Schuhe sollten anprobiert werden. Haben Einkommen und Existenzen keine fundamentale Bedeutung als Lebensgrundlage? Warum wird jetzt nicht ernsthaft über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert, das Existenzen sichern und den Flickenteppich an Corona-Hilfen überflüssig machen würde? Jetzt

sind dauerhafte Lösungen für Krisen gefragt, ich fürchte, die Corona-Krise ist nicht die letzte gewesen. Annegret Benz, Hamburg

Notwendige Schritte in ein angenehmeres Leben

Ja, es wird nun endlich Zeit, vollständig geimpften und genesenen Menschen (fast) alle Freiheiten und Möglichkeiten des öffentlichen Lebens zurückzugeben. Es sollte aber weiterhin in geschlossenen Räumen eine Maskenpflicht bleiben, Hygieneregeln eingehalten und Abstand gewahrt bleiben. Dazu gehört, dass insbesondere die kulturellen Einrichtungen wie Theater, Kino, Konzerte im kleineren Rahmen, Museen etc. geöffnet werden. Natürlich auch Geschäfte und Restaurants sowie Sport- und Spielstätten. Es spricht nichts dagegen, Besuchern, die weder geimpft noch genesen sind, einen Schnelltest abzuverlangen, ohne den es keinen Zutritt gibt. Damit würde sich die Anzahl der Besucher:innen deutlich erhöhen. Der Aufenthalt an der frischen Luft muss gefördert und hier besonders Kindern und Jugendlichen Angebote unterbreitet werden.

Ich selbst habe den Impfstatus noch nicht erreicht, unterstütze aber ausdrücklich jeden vernünftigen Schritt in ein angenehmeres Leben mit mehr Lebensfreude und -qualität. Damit würde auch die Zufriedenheit der Bevölkerung wachsen und das gesellschaftliche Miteinander wieder im Vordergrund stehen anstelle von Isolation und Depression. Es schadet auch nicht, trotz der Erleichterung Vorsicht walten zu lassen. Aber eine schöne Hochzeitsfeier, ein runder Geburtstag, ein Gartenfest, ein Es-

sen mit Familie und/ oder Freunden wird das Wohlbefinden sicherlich erhöhen.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Demut und Selbstkritik wären sinnvoll für Spahn

Der letzte Satz des Artikels („Pandemie legt Defizite offen“ v. 5.5.) lautet: Spahn: „Es ist ja nicht so, dass immer nur alle von uns lernen können, sondern wir möglicherweise auch von andern.“

Er spricht von „uns“ – also von sich und uns allen in diesem Land. Der erste Teil dieses Satzes offenbart eine Selbstüberschätzung, die nahezu an Größenwahn grenzt. Zugleich rückt er sein Land in eine hervorragende Stellung, die wir in der europäischen Gemeinschaft nicht einnehmen sollten. Dazu genügt ein Blick in die Geschichte. Diese Selbstüberschätzung kommt dann auch im zweiten Teil des Satzes zum Ausdruck: „Möglicherweise können wir auch von anderen lernen“ heißt doch, dass zunächst geklärt werden müsste, ob es überhaupt etwas gibt, das wir noch von anderen lernen können.

Ein wenig Demut und Selbstkritik wären sinnvoll. Nur ein Beispiel: Das milliardenschwere Desaster bei der Vergabe von Masken an die Apotheken, vorgesehen für ab 65-jährige Personen zweimal je sechs Masken, die zu einem zu hohen Einkaufspreis beschafft wurden und den Apotheken einen Geldregen beschert haben.

Jutta-Maria Roth, Königswinter

Die meisten Menschen haben noch kein Impfangebot

Angesichts der immer lauter und schriller werdenden Forderungen nach einer Aufhebung aller pandemiebedingten Einschränkungen

für vollständig Geimpfte und Genesene denke ich an die kritischen Worte des französischen Schriftstellers Anatole France, der einst einen bloß juristisch-formal konstruierten Rechtsstaat mit folgenden Worten rügte: „Die majestätische Gleichheit der Gesetze verbietet es Armen und Reichen gleichermaßen, unter den Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“

Dieses zwar auf dem Papier korrekt agierende, jedoch jede soziale Realität ignorierende Staatsgebilde trägt in einer Eigennutzgesellschaft nichts dazu bei, Gemeinwohl zu fördern; ebenso ist es wenig hilfreich, ein Gefühl dafür zu entwickeln, gerade in diesen Ausnahmeverhältnissen in einem Boot zu sitzen. Natürlich ist es ein verfassungsrechtliches Gebot, alle nicht mehr als notwendig sich erweisenden Beschränkungen aufzuheben, nur: Wenn nicht einmal zehn Prozent einen vollständigen Impfschutz erhalten haben und wenn somit dem weitaus größten Teil der Bevölkerung noch kein Impfangebot gemacht werden konnte, empfinde ich besagte Forderungen als zutiefst ungerechtes Ansinnen, auch und gerade für Jugendliche und junge Erwachsene, die bisher den größten Anteil an Zumutungen zu tragen hatten. Als ein Zeitgenosse, der Anfang Juni mit seiner zweiten Impfung rechnen darf, möchte ich bekunden, dass ich – solange nicht wirklich jeder ein Impfangebot erhalten hat – auf Restaurantbesuche, Reisen, Theateraufführungen verzichte. Manfred Back, Frankfurt

Ich wünsche mir ein wenig Zurückhaltung

Ich bin geimpft. In gut sechs Wochen vollständig. Dann bekomme ich Rechte zurück, die ich eh habe, doch coronabedingt vernünftigerweise eine Zeitlang nicht hatte. Eine notwendige Entscheidung – auf den ersten Blick. Zu früh auf den zweiten. Denn ich sehe, dass nun unweigerlich eine problematische Situation eintritt. Die einen – aktuell vor allem ältere Menschen – könnten unbeschränkter leben. Die anderen – vor allem jüngere Menschen mit oder ohne Kinder und im Erwerbsleben stehend – dürften vorerst nur zusehen. Sehr schwierig. Was tun? Ich wünsche mir aktuell ein wenig Zurückhaltung. Nicht wieder diesen Länder-Wettlauf um die schnellsten Rechte-Rückgaben! Wenn schon, dann muss das mit einheitlichen Regeln für die ganze Republik geschehen. Die gibt es ja nun. Aber die panischen Öffnungen vor Pfingsten auch. Hier macht wohl die Tourismuslobby Druck.

Juristisch mag das alles okay sein. Aber gesellschaftlich? Nein – denn eigentlich müssen wir zunächst gemeinsam weiter daran arbeiten, die dritte Welle zu brechen. Und wir müssen impfen, impfen, impfen. Die Impfung ist der einzige Weg aus der Pandemie. Daher habe ich auch nichts gegen eine Impfpflicht. Ein globaler Notstand verträgt nicht wirklich eine Verweigerungshaltung (Ausnahme: medizinische Gründe). Auf die Rückgabe meiner guten Rechte will ich persönlich gern noch ein wenig warten. Das ist ein Akt der Solidarität mit den Jüngeren. Stecken wir zurück, bis nicht mehr ganz so viele zusehen müssen. Bertram Münzer, Gütersloh

Diskussion: frblog.de/genesimpfte